



Bericht aus dem Ständerat



Die Herbstsession 2024



Liebe Leserinnen und Leser

Auch wenn der tragische Unfall uns gerade alle sehr betroffen macht, lag der Fokus von Zürich in den vergangenen Tagen auf der Rad-WM. In Bern haben wir im Ständerat diese Woche die Herbstsession abgeschlossen.

Wir danken sehr für das Interesse und freuen uns immer über Rückmeldungen und Fragen!

Freundliche Grüsse

Tiana Moser und Daniel Jositsch

Und wie immer die Sendung zur Session auf Tele Z ab Montag, 30. September 2024:

<https://www.telez.ch/konkret/>

Wichtiges Bekenntnis zur internationalen Zusammenarbeit (IZA)

Zu Beginn der Session haben wir die Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025 bis 2028 behandelt. Es ging um die Definition der Ziele und Prioritäten der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz sowie das dafür notwendige Budget von 11,27 Milliarden Franken über vier Jahre. Verteilt werden die Gelder auf drei Pfeiler: Die humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit sowie die Förderung von Frieden, Demokratie und Menschenrechten.

Im Ständerat wurde ein Antrag eingebracht, das Geschäft an den Bundesrat zurückzuweisen, um es mit der Armeebotschaft «abzustimmen». Faktisch ging es dabei schlicht und ergreifend darum, bei der IZA massiv zu sparen, um damit die Armeebotschaft zu finanzieren. Wir haben uns klar gegen dieses Vorgehen gewehrt – und eine deutliche Mehrheit des Ständerats hat die Rückweisung ebenfalls abgelehnt.

Die Armee benötigt aufgrund der aktuellen Sicherheitslage zweifellos mehr Mittel – diese dürfen aber nicht einseitig zulasten der internationalen Zusammenarbeit erfolgen. Eine solche Kürzung wäre gerade in der aktuellen Krisensituation ein fatales Signal. Unser Wohlstand basiert zu einem wesentlichen Teil auf dem Aussenhandel. Ein internationales Engagement ist auch darum im ureigenen Interesse der Schweiz. / **Tiana Moser**

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-101111.html>

Ausländische Familienangehörige von Schweizerinnen und Schweizern sind nicht gleichgestellt

Schweizerinnen und Schweizer, die ausländische Familienangehörige haben, sind gegenüber EU-Bürgerinnen und -Bürgern, die in der Schweiz leben, nicht gleichgestellt. Während Letztere das Recht auf Familiennachzug haben, besteht ein solches für schweizerische Staatsangehörige nur in eingeschränkter Form. So hat ein Schweizer, der zum Beispiel die Eltern seiner ausländischen Frau in die Schweiz nachziehen möchte, keinen Anspruch darauf. Diese Inländerdiskriminierung wurde auch vom Bundesgericht erkannt und kritisiert.

Eine parlamentarische Initiative wollte dies entsprechend ändern und den Familiennachzug von Angehörigen in auf- und absteigender Linie zulassen, wobei Nachkommen nur bis zum 21. Altersjahr betroffen wären.

Der Nationalrat hat diese Anpassung noch etwas eingeschränkt, um Missbrauchsmöglichkeiten zu verhindern. So sah er vor, dass nur Angehörige nachgezogen werden dürfen, die über eine bedarfsgerechte Wohnung in der Schweiz verfügen und deren Unterhalt gesichert ist. Trotzdem hat eine Mehrheit im Ständerat dies abgelehnt, so dass die entsprechende Diskriminierung auch weiterhin bestehen wird. / **Daniel Jositsch**

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=65322>

Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation: zentral für den Kanton Zürich

Ein zentrales Geschäft in der letzten Sessionswoche war die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die Jahre 2025 bis 2028. Dieses Geschäft ist für den Kanton Zürich als Wissenschafts- und Hochschulstandort von grösster Bedeutung. Unser Kanton ist auf erstklassige Rahmenbedingungen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation angewiesen.

Leider hat der Bundesrat aufgrund der schwierigen finanziellen Lage substanzielle Sparmassnahmen beschlossen (unter anderem eine Reduktion des Beitrags an den ETH-Bereich von 100 Millionen Franken im Jahr 2025). Sparmassnahmen in diesem Bereich sind sehr kritisch, weil sie den Fachkräftebedarf in Zukunft weiter verschärfen.

Wir konnten im Ständerat als Kompromiss erreichen, dass der ETH-Bereich immerhin 50 Millionen Franken mehr erhält als beantragt. Damit beläuft sich der Beitrag an die ETH für die nächsten vier Jahre auf 11,17 Milliarden Franken.

Im National- und Ständerat waren wir uns zudem einig, dass die Schweiz mehr Hausärztinnen und Hausärzte ausbilden muss. Dafür haben wir aus den projektgebundenen Beiträgen an kantonale Hochschulen gemäss Hochschulförderungsgesetz 25 Millionen Franken reserviert. / **Tiana Moser**

Teilnahme an NATO-Übungen auch in Zukunft möglich

Eine Motion des Nationalrats hatte das Ziel, militärische Übungen der Schweiz mit der NATO, soweit sie Artikel 5, also den so genannten Bündnisfall, betreffen, zu verbieten. Besagter Artikel sieht vor, dass im Fall eines Angriffs gegen einen NATO-Staat die anderen NATO-Staaten zur Unterstützung verpflichtet sind. Der Ständerat lehnte diesen Vorstoss deutlich ab und belässt der Schweizer Armee damit auch in Zukunft die Möglichkeit, an solchen Übungen der NATO teilzunehmen.

Die Befürworter der Vorlage argumentierten primär neutralitätspolitisch. Die Mehrheit des Ständerats liess sich aber davon überzeugen, dass die Teilnahme an Übungen der Nato, selbst wenn es sich um so genannte «Artikel 5-Übungen» handelt, neutralitätsrechtlich unbedenklich ist. Die Neutralität gebietet, dass die Schweiz sich an einem Bündnisfall nicht beteiligen darf. Dies ist auch weiterhin gewährleistet, da die Schweiz nicht NATO-Mitglied ist.

Die blosser Teilnahme an entsprechenden Übungen impliziert freilich keine Teilnahme im Ernstfall. Die Möglichkeit, an entsprechenden Übungen teilnehmen zu können, entspricht dagegen einem verteidigungsstrategischen Gebot. Wenn die Schweiz angegriffen wird, gibt es selbstverständlich kein Neutralitätsgebot mehr. In einem solchen Fall wäre daher das realistischste Szenario, dass die Schweiz ihre Verteidigung im Verbund mit den europäischen Nachbarn, und damit mit der NATO, organisieren würde.

Deshalb ist es für die Sicherheit der Schweiz von zentraler Bedeutung, dass die Armee mit den NATO-Staaten Übungen durchführen kann. / **Daniel Jositsch**

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20243012>